

Deutsche Umwelthilfe e.V.

Ein "Marshallplan" für die deutsche Autoindustrie

02.04.2007 - 11:31 Uhr, Deutsche Umwelthilfe e.V.

Berlin (ots) -

- Querverweis: Bild wird über obs versandt und ist unter <http://www.presseportal.de/galerie.htx?type=obs> abrufbar -

Vorbemerkung

Nach drei Monaten intensiver Klimaschutzdiskussion bleibt Ernüchterung: Nirgendwo in Europa wurde so vehement über die Notwendigkeit von konkreten Maßnahmen verlautbart wie in Deutschland. Politik und Wirtschaft stellten sich verbal an die Spitze der Umweltschutzbewegung, aber ihre Ankündigungen haben eine Halbwertszeit von wenigen Tagen. Beliebtes Muster: je ferner die Jahreszahl, desto mutiger die Forderung.

Auch in anderen europäischen Staaten wurde in den vergangenen Monaten und Jahren über den Klimaschutz debattiert. Aber es wurde dort - im Gegensatz zu Deutschland - auch gehandelt. Während die Bilanz in Deutschland deprimierend ausfällt, Beschlüsse finden bisher nicht statt, schaffen andere EU-Staaten Anreize zur Produktion und zum Kauf klimaverträglicherer Autos durch eine Mischung von steuerlichen Anreizen und ausgezahlten Zuschüssen für besonders verbrauchsarme Pkw einerseits und hohen Strafsteuern für Klimakiller andererseits:

- Belgien gewährt beim Kauf von besonders verbrauchsgünstigen Pkw bis zu 4.270 EUR Steuervorteil.
- In Frankreich gilt für Firmenwagen eine mit dem CO₂-Ausstoß überproportional ansteigende Steuer. So kostet ein Toyota Prius mit 104 g CO₂/km ganze 208 Euro, ein Porsche Cayenne Turbo mit 358 g CO₂/km aber 6.802 EUR
- In den Niederlanden werden Hybrid-Pkw mit bis zu 6.000 EUR subventioniert und Fahrzeuge mit einem erhöhten CO₂-Ausstoß mit einer Strafsteuer belegt
- In Portugal hat die CO₂-bezogene Zulassungssteuer für Pkw mit zu den europaweit niedrigsten CO₂-Werten bei Pkw-Neuwagen geführt. Ein Renault Twingo 1,2 mit 118 g CO₂/km kostet 48,38 EUR, ein VW Touareg V10 TDI mit 333 g CO₂/km hingegen mit 11.388,60 EUR mehr als das 200-fache.

Ähnlich wirksame Instrumente hat die deutsche Automobilindustrie hierzulande regelmäßig erfolgreich verhindert. Auch die derzeit diskutierte Umstellung der hubraumbezogenen Kfz-Steuer auf CO₂-Basis droht zu einem Rohrkrepierer für den Klimaschutz zu werden: Das augenblicklich diskutierte Modell mit einem linearen Verlauf der Steuer führt zu keiner wirksamen Lenkungswirkung. Bei vielen Motoren mit großem Hubraum führt es sogar zu einer Senkung der Kfz-Steuer gegenüber heute.

Die Deutsche Umwelthilfe zieht daraus den Schluss, dass die verbindlichen Klimaschutz-Zusagen der Automobilindustrie gegenüber der Europäischen Union für 2008 ohne Hilfestellung von außen nicht erreicht werden. Die DUH hat deshalb in den vergangenen Wochen einen "Marshallplan" für die deutsche Automobilindustrie erarbeitet, mit dem die Branche sofort und in ungewohnter Weise beschleunigen kann: In Richtung Sprit-Effizienz.

Mit einer Reihe erprobter und im In- und Ausland bewährter rechtlicher Instrumente und Finanzanreize für den Verbraucher, mit "kreativen Aktionen" und schließlich einer aussagekräftigen Kennzeichnung von Spritfressern will die DUH ihren Beitrag zur Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit und langfristigen Wirtschaftskraft deutscher Autobauer leisten. Der "Marshallplan" soll den Autobauern ermöglichen, ihre Zusagen einzuhalten und gleichzeitig den Herausforderungen des künftigen Weltmarkts gerecht zu werden. Ein ehrgeiziges Ziel ist zu erreichen: Um 32,5 g ist der

durchschnittliche Ausstoß an CO2 pro km der in Deutschland neu zugelassenen Pkw bis Ende 2008 zu senken.

Die zentralen Elemente des "Marshallplans" sind:

II Unmittelbar durch die DUH durchgeführte Maßnahmen

·Verbraucherkampagne für den Kauf effizienter Pkw (Kleinwagen < 120 g CO2/km, Mittelklasse

Originaltext:

Deutsche Umwelthilfe e.V.

Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/pm/22521/deutsche-umwelthilfe-e-v>

Pressemappe als RSS:

http://presseportal.de/rss/pm_22521.rss2